

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/33
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

40. Jahrgang / 185

27. September 1985

Hans Büchler MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen, wirft der Bundesregierung vor, ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht zu werden: Deutschlandpolitik muß Friedenspolitik sein.

Seite 1

Peter Conradi MdB fordert die Abschaffung der Bannmeile um das Parlament: Zugang nicht nur für Lobbyisten.

Seite 3

Ernst Waltemathe MdB protestiert gegen den Terror in Guatemala: Nicht von Fassaden täuschen lassen.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB hält einen bemerkenswerten Wortwechsel im Parlament fest: Mehr Geld für die Reichen.

Seite 6

Deutschlandpolitik muß Friedenspolitik sein

Die Bundesregierung ist unfähig, ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Kanzleramtsminister Schäuble wird offenbar nervös. Er sieht, daß der Bundesregierung ihre deutschlandpolitischen Felle davonschwimmen. Am Dienstag reklamierte er deutschlandpolitische Erfolge für die Bundesregierung, wobei er großen Wert auf die Behauptung legte, die Zusagen Honeckers, die Hans-Jochen Vogel im Mai und die Willy Brandt nun aus der DDR mitgebracht haben, dürften nicht als Ergebnisse sozialdemokratischer Politik verstanden werden, sondern sie seien auf dem Konto der Regierung zu verbuchen. Man muß schon sehr nervös sein, wenn man auf dieses Niveau der Auseinandersetzung herunterkommt.

Zweifellos gibt es ein unterschiedliches Verständnis von Deutschlandpolitik bei Regierung und Opposition. Zwar gibt es in einigen Fragen übereinstimmende Interessen von Union und Sozialdemokraten, die entscheidende politische Frage für die deutsch-deutschen Beziehungen wird aber von der Bundesregierung überhaupt nicht erkannt. Dies läßt sich sehr anschaulich am Besuch Willy Brandts in der DDR zeigen, der den tatsächlichen Umfang der Aufgaben von Deutschlandpolitik beleuchtete.

Der Besuch Willy Brandts im Museum für Deutsche Geschichte in Berlin (Ost) und der Besuch in Weimar haben die kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten der Deutschen hervorgehoben. Zugleich machte Willy Brandt deutlich, daß erhebliche Auffassungsunterschiede in der Interpretation und im Umgang mit der deutschen Geschichte und Kultur zwischen den beiden deutschen Staaten und selbstverständlich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestehen.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht
auf umweltlich
recyceltem
Papier



In den wichtigen Fragen der Reiseerleichterungen, der Familienzusammenführung, kurz: Fragen, bei denen es um die Linderung der Teilungsfolgen für die Menschen geht, hat Willy Brandt Standpunkte vertreten und Erfolge erzielt, die auch von der Bundesregierung angestrebt werden. In diesem Bereich - und offensichtlich nur hier - setzt die Bundesregierung die sozialdemokratische Deutschlandpolitik fort.

Die Tatsache, daß Deutschlandpolitik Friedenspolitik ist, und die Notwendigkeit, auch tatsächlich Friedenspolitik zu formulieren und zu betreiben, wird von der Bundesregierung sträflich vernachlässigt. Die Pilotprojekte der SPD, mit der DDR-Seite über eine chemiewaffenfreie und nun auch über eine atomwaffenfreie Zone in Europa auf der Grundlage des Berichts der Palme-Kommission zu sprechen, haben eine große Wirkung im Zusammenhang mit der Entwicklung und Erprobung der friedenspolitisch unumgänglichen zweiten Phase der Entspannungspolitik. Wir Sozialdemokraten arbeiten der Bundesregierung in diesem Punkt zu, wir füllen die Lücken, die die Bundesregierung auf diesem Gebiet - ihrer eigenen Kontinuitätsbehauptung widersprechend - geschaffen hat.

Der polemische und unerhörte Vorwurf von der Nebenaußenpolitik beweist weiter nichts, als daß die Union das Kanzlerwort „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ nicht ernst nimmt. Es gibt keine diesem Motto entsprechende Regierungspolitik. Auch dies ist - indirekt und dank der widersprüchlichen Kommentare aus dem Regierungslager - durch Willy Brandts Gespräch in der DDR deutlich geworden. Wer aktive Friedenspolitik will, muß Sozialdemokraten wählen. Deutschlandpolitik ist Friedenspolitik.

Die Bundesregierung verstößt aber nicht nur gegen ihr eigenes Motto von dem Frieden mit weniger Waffen, ihre Politik wird auch anderen Leitsätzen, die sie selbst aufgestellt hat, nicht gerecht. Die Auseinandersetzung innerhalb der Koalition über die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR haben deutlich gemacht, daß die Union ihr Ziel, Kontakte auf allen Ebenen zu fördern, selbst nicht ernst nimmt.

Auch die Politik der Linderung der Teilungsfolgen wird von der Bundesregierung keineswegs konsequent verfolgt. So kann zum Beispiel ein Einvernehmen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den Verlauf des noch umstrittenen Teils der Elbe-Grenze dazu beitragen, daß Regelungen zum Vorteil der Elbe-Nutzer, der Schifffahrt auf der Elbe, besonders aber der Ostsee-Kutterfischer, deren Fanggründe infolge der Teilung Deutschlands auf existenzgefährdende Weise verkleinert worden sind, gefunden werden könnten. Die Bundesregierung zieht es hier vor, eine starre, keineswegs zwangsläufige Haltung einzunehmen und verschenkt dabei eine große Chance, Teilungsfolgen für diese Menschen und für viele in Niedersachsen, die sich zusätzliche Grenzübergänge wünschen, wirklich zu lindern. (-/27.9.1985/rs/ks)

+ + +



Die Bannmeile abschaffen!

Friedensdemonstranten sollen nicht länger ferngehalten werden

Von Peter Conradi MdB

Die Bannmeile um das Bonner Regierungsviertel sollte aufgehoben werden. Für einen solchen Sperrbezirk, in dem Meinungsbekundungen und Demonstrationen verboten sind, besteht keinerlei Notwendigkeit - Im Gegenteil: Zweifel sind angebracht, ob diese Einschränkung von Grundrechten mit der Verfassung zu vereinbaren ist.

Einige aktuelle Urteile zur Bannmeile haben mich veranlaßt, mich eingehender mit diesem so nur in der Bundesrepublik existierenden Verbot zu beschäftigen: vier Bremerinnen mußten sich vor dem Amtsgericht Bonn verantworten, weil sie vor dem Abgeordnetenhaus eine Mahrwache abgehalten hatten. Vor einigen Wochen wurden sogar drei sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete zu Geldstrafen verurteilt, weil sie vor dem Eingang des Bundeshauses gegen Äußerungen des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler protestiert hatten.

In der jetzt den zuständigen Arbeitskreisen der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung vorgelegten Ausarbeitung wird unter anderem darauf verwiesen, daß mit dem Demonstrationsverbot um den Bundestag Beeinträchtigungen der parlamentarischen Arbeit nicht verhindert würden. Störungen oder Nötigung von Abgeordneten verbieten eine Reihe anderer Strafrechtsbestimmungen (Paragraphen 105, 106 und 106 b Strafgesetzbuch). Mit der Bannmeile solle vielmehr eine „unerwünschte Einflußnahme“ auf die Meinungsbildung der Abgeordneten verhindert werden. Hierfür habe ich allerdings kein Verständnis: Während einerseits die Interessenvertreter der Industrie und von Verbänden sich in den Büros von Abgeordneten die Türkinke in die Hand geben, werden Meinungsbekundungen von Friedensfreunden vor dem Bundestag als „unerwünscht“ bestraft.

Bestärkt sehe ich mich in meiner Haltung durch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Artikel 8 Grundgesetz (Versammlungsfreiheit). Die Karlsruher Richter haben den hohen Rang der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit bestätigt und halten Einschränkungen dieses Grundrechts nur dann für zulässig, wenn andere Grundrechte verletzt werden und das Gebot der Verhältnismäßigkeit beachtet wird.

(-/27.9.1985/rs/ks)

+ + +



Nicht von Fassaden täuschen lassen

In Guatemala knebelt das Militär die Menschen, auch wenn das Regime nun Wahlen durchführt

Von Ernst Waltemathe MdB

Während Guatemala sich auf die am 3. November abzuhaltenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorbereitet, befinden sich 2.000 Guatemalteken in Haft. Sie wurden in der ersten September-Woche auf Demonstrationen festgenommen, im Laufe deren die guatemalteckische Armee mindestens zehn Personen erschoss. Die Demonstranten protestierten gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Fahrpreiserhöhungen. Es waren die größten Demonstrationen, die seit 1980 in Guatemala stattgefunden haben.

Staatschef General Oscar Mejía Víctores reagierte darauf nicht nur mit Verhaftungen und Mord, sondern er schloß die Schulen der Hauptstadt, schickte die Armee verfassungswidrigerweise, um die autonome San Carlos Universität zu besetzen und mahnte die Presse, nichts zu veröffentlichen, was zu „Unruhe“ führen könnte. Auf sein ursprüngliches Vorhaben, den Ausnahmezustand über das ganze Land zu verhängen, hat er nur aufgrund des schlechten Eindrucks verzichtet, den dies im Ausland erwecken würde.

Dieser gewalttätige Angriff gegen die unbewaffnete Bevölkerung, die sich aus Verzweiflung in ihrer extremen Armut auf die Straßen begeben hatte, ist für eine behauptete Rückkehr zur Demokratie in Guatemala kein gutes Zeichen. Vielmehr weist die Unterdrückung darauf hin, daß die Militärs von Demokratie wenig halten. In Guatemala erhalten fünf Prozent der Bevölkerung 59 Prozent des nationalen Einkommens, während die bitter Armen, die Hälfte der Bevölkerung, nur sieben Prozent erhalten. 75 Prozent der Bevölkerung hat ein Prokopfeinkommen von weniger als 300 US-Dollar im Jahr. Über 50 Prozent der Bevölkerung ist entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt. In dieser Situation die Armen durch Fahrpreiserhöhungen zusätzlich belasten zu wollen, und sie niederzuschlagen, wenn sie Protest erheben, kann nur den Skeptizismus derjenigen bestätigen, die nicht an die Absicht der Armee glauben, reale Änderungen der Machtverhältnisse zu erlauben.

In der Tat ist es schwierig sich vorzustellen, wie die Demokratie in einem Land wiederhergestellt wird, in dem die Militärs sich die feste Kontrolle des gesamten Verwaltungssystems gesichert haben und die ländlichen Gebiete durch „strategische Dörfer“ und durch paramilitärische „Zivilpatrouillen“ unter einer Terrorherrschaft halten. Die Menschenrechtsverletzungen in Guatemala haben in den letzten Monaten zugenommen. Massaker finden in den Dörfern immer noch statt, wie zum Beispiel am 18. Juni 1985 im Dorf Squilla, Chimaltenango, wo Soldaten acht Personen mitten in der Nacht aus ihren Häusern entführten und anschließend ermordeten. Unter den Ermordeten befand sich Isabel Yos, elf Jahre alt.



In der Stadt werden Einzelpersonen ermordet, die auf der Universität, bei einer Gewerkschaft, bei der Kirche oder als Mitglieder anderer Organisationen den Mut haben, sich für die Rechte der Bevölkerung einzusetzen oder nur nach ihren „verschwundenen“ Angehörigen zu forschen. Am 14. Juli 1985 wurde René Conde Velarde, Professor für Volkswirtschaft an der San Carlos Universität in der Hauptstadt ermordet; am 25. Juni wurde Elsa Edith Gularte Samayoa, Geschäftsführerin des katholischen Radiosenders „Radio Itsmania“ in der Hauptstadt ermordet; am 4. Juni wurde der Tierarzt Edgar Leiva Santos, der sich für die Menschenrechte eingesetzt hatte, in der Hauptstadt ermordet; am 21. Juni verschwand Baldimir Arnado Hernández, Generalsekretär des Studentenvereins der San Carlos Universität in der Hauptstadt; am 12. April wurde Celita Floridalma Lucero Lucero, Gewerkschaftsführerin der Fabrik Adams in der Hauptstadt entführt.

Die Liste geht weiter... Einer der Namen ruft für mich persönlich ein Gesicht, eine Persönlichkeit hervor: Rosario Godoy de Cuevas, die am 5. April zusammen mit ihrem zweijährigen Sohn und achtzehnjährigen Bruder entführt und in der Nähe der Hauptstadt ermordet wurde. Nur einige Wochen davor hatten Freimut Duve und ich sie bei der „Grupo de Apoyo Mutuo“ (GAM), der Gruppe der Frauen und Mütter von Verschwundenen, getroffen. Rosarios Mann, Carlos Cuevas, war unter der „Aufsicht“ der Militärs verschwunden. Seit Rosarios Tod werden die anderen Organisatorinnen der GAM von Männern in Autos auf der Straße verfolgt, durch Briefe und Telefonanrufe bedroht. Sie haben keinen Raum mehr, in dem sie sich treffen können.

Bei allem Respekt, den wir für die Parteien - einschließlich der Sozialdemokratischen Partei Guatemals (PSD) - haben, die an den Wahlen teilnehmen, um keine Chance der Wiedereinführung der Demokratie vorbeigehen zu lassen, sollten wir uns nicht die Illusion machen, daß die Militärs ohne weiteres in ihre Kasernen zurückziehen. Unsere Aufgabe muß darin bestehen, den Prozeß kritisch zu beobachten und uns von keinen Fassaden täuschen lassen. Denn schließlich, wie ein Besucher aus Guatemala mir vor kurzem sagte: „Es geht hierbei um eine einzige Frage, die der Gerechtigkeit“. In der Tat: Wenn Guatemala sich der westlichen Wertegemeinschaft zurechnen will, muß es Wege gehen, um die Menschenrechte zu schützen statt sie von Staats wegen zu mißachten. Das Aushängeschild eines „zivilen“ Staatspräsidenten verleiht einem Militärstaat noch lange kein zivilisiertes Gesicht! (-/27.9.1985/rs/ks)

+ + +

Mehr Geld für die Reichen

Ein Wortwechsel im Parlament machte ungewollt deutlich, nach welchen Regeln subventioniert wird

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Gezielte Zwischenfragen und ihre Beantwortung können manchmal einen Sachverhalt sehr viel deutlicher machen als langatmige Erklärungen. Ein klassisches Beispiel dafür hat die Debatte über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums erbracht.

Die Folgen des von der Progressionswirkung abhängigen Vorschlages der Bundesregierung lassen sich nicht besser demonstrieren als in folgendem Wortwechsel im Plenum:

„Herr Kollege, gehen wir einmal von folgendem aus: Jemand verdient 300.000 DM oder 500.000 DM im Jahr, ein anderer verdient 50.000 DM jährlich. Beide bauen sich ein Haus für 300.000 DM und nehmen dieses Gesetz in Anspruch. Geben Sie mir dann recht, daß der, der 300.000 DM im Jahr verdient, das Haus 64.000 DM billiger bekommt, während der, der 50.000 DM verdient, es nur 16.000 DM billiger bekommt?“

Antwort von Gattermann (FDP): „Über die Jahre des Förderzeitraums hinaus ist es in der Tat so. Das ist die progressionsabhängige Wirkung von Sonderabgabenabzugsbeträgen, die der progressiven Belastung entspricht.“

Und eine Seite weiter im Protokoll, Frage von Gunter Huonker: „Wenn zum Beispiel der Staat der Ansicht wäre, man sollte einen privaten PKW steuerlich begünstigen, sollte dann Ihrer Meinung nach der, der viel verdient und einen Mercedes kauft, mehr Subventionen bekommen als der, der nur einen VW kauft, weil er eben weniger Geld hat?“

Die Antwort von Gattermann (FDP): „Lieber Herr Kollege Huonker, ich meine das in der Tat.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(-/27.9.1985/rs/ks)

+ + +

